



Statement für Pressekonferenz:

## **Prostituiertenschutzgesetz: neue Gefahren statt Schutz**

**zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen**

21. September 2015

Es gilt das gesprochene Wort

***„Grundsätzlich bedauern wir, dass im Entwurf ein Kontrollfuror überwiegt. Damit läuft er der bekundeten Absicht, ein praxistaugliches Prostituierten-SCHUTZgesetz zu schaffen, diametral entgegen.“***

**Susanne Kahl-Passoth, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates**

Der Deutsche Frauenrat begrüßt das grundsätzliche Ziel des geplanten Gesetzes, den Schutz der in der Prostitution arbeitenden Frauen und Männer zu erhöhen und das Prostitutionsgewerbe transparent und einheitlich zu regulieren. Für bedenklich halten wir, dass der nun vorliegende Entwurf entgegen dem vielfältigen Rat von Expertinnen und Experten nicht zwischen Prostitution und Menschenhandel unterscheidet. Das wirkt seinem Grundanliegen, nämlich mehr Schutz für Prostituierte, entgegen.

Grundsätzlich bedauern wir, dass im Entwurf ein Kontrollfuror überwiegt. Wenn dieser im Gesetz obsiegt, wird das die Situation der im Prostitutionsgewerbe Tätigen erschweren, sie neuerlich stigmatisieren. Darüber hinaus droht eine Überforderung der darin genannten „zuständigen Behörden“, zumal deren Kompetenzen völlig ungeklärt scheinen. Damit läuft der Entwurf der bekundeten Absicht, ein praxistaugliches ProstituiertenSCHUTZgesetz zu schaffen, diametral entgegen.

Im Übrigen ist aus unserer Sicht mehr als bedenklich, dass die gesamten Pflichten zur Anmeldung, Beratung und regelmäßigen Gesundheitskontrolle allein Prostituierten obliegen, während die Kunden (abgesehen von der Kondompflicht) davon unbehelligt bleiben.

Wir erwarten von dem neuen Gesetz eine Verbesserung der Lebenssituation von Prostituierten. Unser Motto lautet: „Auch Prostituierte sollen sich darauf verlassen können, dass der Gesetzgeber ihnen ein sicheres, angstfreies Leben ohne gesellschaftliche Ächtung ermöglichen will.“ Davon ist dieser Entwurf weit entfernt.

Zur Stellungnahme: <http://bit.ly/1LjXj3>